

Pressedienst Nr. 16449
Freitag, 20. Jänner 2023

Spitzenagrariar: Wettbewerbsfähigkeit bäuerlicher Betriebe nicht schwächen	1
EuGH-Urteil zu Notfallszulassung von Neonicotinoiden in Belgien spaltet	3
Notierungen und Preise an internationalen Getreidemärkten geben weiter nach	4
Kleines Angebot stabilisiert bei schwacher Nachfrage Schweinepreise in EU	5
Österreich: Weitere Fälle von Vogelgrippe in Geflügelhaltungen und in Tierpark	6
NÖ startet Ausbildung zu Teichranger:in	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Spitzenagrарier: Wettbewerbsfähigkeit бauerlicher Betriebe nicht schwächen

Heimische Agrарier bei Grüner Woche Berlin: angepasste Strategien erforderlich

Berlin, 20. Jänner 2023 (aiz.info). - Corona, Klimawandel und der Krieg in der Ukraine haben deutliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Österreich. Durch die Erzeugung von hochwertigen Qualitätsprodukten unter hohen Umwelt- und Tierwohlstandards sind die heimischen Bäuerinnen und Bauern dennoch auf einem guten Weg. Allerdings dürfe die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln durch überschießende EU-Regulierungen und -Einschränkungen nicht untergraben werden, meinten heute, Freitag, Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**, Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** und der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses **Georg Strasser** in einem Pressegespräch auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

"Bei der Umsetzung des Green Deals und des Fit for 55 Pakets muss die Versorgungssicherheit berücksichtigt werden. Es gilt weiterhin Allianzen auf EU-Ebene zu bilden, um Potenziale zu nützen", führte Totschnig aus. Das sei auch das Ziel bei erneuerbarer Energie. "Aktive, multifunktionale Waldbewirtschaftung, wie wir sie in Österreich praktizieren, und die nachhaltige Nutzung von Holz sind Schlüsselfaktoren für die Versorgung mit erneuerbarer Energie und damit weniger fossile Importe. Umso unverständlicher sind die Pläne auf EU-Ebene, nachhaltige Biomasse nicht mehr als erneuerbar einzustufen. Atomstrom bekommt ein grünes Mascherl, Kohlekraftwerke werden wieder aktiviert, aber nachhaltige Biomasse soll eingeschränkt werden - das passt in Zeiten der Energiekrise nicht zusammen", betonte Totschnig. Erst kürzlich hat sich die österreichische Bundesregierung auf das Erneuerbaren Gase Gesetz (EGG) geeinigt, durch das die Biogasproduktion bis 2030 auf 10,5 TWh ausgebaut werden soll. Dies entspricht rund 11% des aktuellen österreichischen Jahresverbrauchs.

Für eine ökosoziale Agrарpolitik auch auf europäischer Ebene will sich Totschnig auch die nächsten Monate einsetzen. Themen sind etwa die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, eine aktive Waldbewirtschaftung als Schlüssel für weniger fossile Importe, der Vorschlag für ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur - Thema Biodiversität- oder etwa die auf EU-Ebene vorgeschlagene Halbierung chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2030 um 50%. Zu Letzterem fordert Totschnig eine erweiterte Folgenabschätzung, die auch die Auswirkungen durch Krieg und Teuerung sowie auf die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln berücksichtige. Nach dem gestern veröffentlichten Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für das Verbot von Notfallzulassungen für Neonicotinoide im Freiland erwartet Totschnig eine Stellungnahme von der EU-Kommission. Österreich hat von der Notfallzulassung etwa für die Beize von Zuckerrübensaatgut Gebrauch gemacht. "Die Versorgung mit Lebensmitteln hat für uns in Österreich oberste Priorität. Gleichzeitig stehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Spiel und es geht auch hier um Abhängigkeiten", machte Totschnig deutlich, der das Thema beim nächsten EU-Agrарministerrat Ende Jänner ansprechen wird.

Schließlich will der Minister auch eine Eiweißstrategie auf EU-Ebene voranbringen, um die Eigenversorgung zu steigern. "Österreich und Frankreich haben die EU-Kommission daher aufgefordert, eine EU-Eiweißstrategie zu erarbeiten. Dieser Vorstoß wurde von 19 weiteren Mitgliedsstaaten mitgetragen. Nun kommt Bewegung in dieses Vorhaben", so Totschnig.

"Einmal mehr hat sich aber gezeigt, dass wir mit der ökosozialen Agrarpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Lebensmittelversorgung ist weiterhin gesichert. Das verdanken wir unserer kleinstrukturierten, familiengeführten Landwirtschaft. Wenn es darum geht, die Zeichen der Zeit zu erkennen, uns nachhaltig weiterzuentwickeln und gleichzeitig Versorgungssicherheit zu garantieren, gehören wir zu den Vorreitern. Diesen ökosozialen Erfolgsweg muss auch die EU-Landwirtschaft einschlagen. Wir sind mit 26 % Flächenanteil Bio-Europameister und gehören zu den Ländern mit den höchsten Tierwohlstandards der Union. Zudem machen 80% unserer Betriebe freiwillig beim Agrarumweltprogramm mit. Darüber hinaus waren wir eines der ersten EU-Länder, die die neue Gemeinsame Agrarpolitik umgesetzt haben", so Totschnig.

Moosbrugger: Strategien, die Umwelt und Produktion gleichermaßen berücksichtigen

Gegen widersprüchliche Politik und Anforderungen sprach sich Moosbrugger aus. "Nach extremen Kostensteigerungen bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln stehen gleichzeitig ein umfangreiches Anforderungspaket auf EU-Ebene sowie die Forderung nach leistbaren, günstigen Lebensmitteln im Raum." Mit Blick auf Green Deal, Farm to Fork, denVorschlag für ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, die Außer-Nutzung-Stellung von Wäldern oder die Halbierung chemischer Pflanzenschutzmittel fordert Moosbrugger "kluge, ausgewogene" Strategien, die Umwelt und Produktion gleichermaßen berücksichtigen. Als Negativbeispiel brachte er die Lebensmittelverschwendung am Feld, wenn die Ernte nicht ausreichend vor Schadorganismen geschützt werden könne. "Die Landwirte verlieren den Überblick und sind verunsichert. Dabei haben heimische Bäuerinnen und Bauern hinsichtlich Umwelt und Biodiversität sowie Tierwohl schon viel voraus. Unverzichtbare Betriebsmittel zur reduzieren und Biomasse auszubremsen, ist genau das Gegenteil, von dem, was wir brauchen. In der aktuellen Bewältigung von Krisen, gehen die EU-Bestrebungen an den aktuellen Herausforderungen vorbei", stellte der LK Österreich-Präsident klar. Die Zustimmung für die EU-Institutionen werde nur dann zunehmen, wenn die Bäuerinnen und Bauern auch vertrauen können. Dazu brauche es langfristig stabile Regeln. Nur so könne sich der Sektor ausbalanciert und sinnvoll weiterentwickeln.

"Wir brauchen zum Ausbau der Krisenfestigkeit unserer Versorgung europaweit eine bessere Balance zwischen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem, sprich echte Nachhaltigkeit. Zentrale Ansatzpunkte sind aus meiner Sicht unter anderem die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig wirtschaftender Familienbetriebe - auch durch einen angemessenen Wertschöpfungsanteil - und eine dringend notwendige Entbürokratisierung. Ich warne vor ständig weiter steigenden Standards, die auf den Märkten derzeit nicht nachgefragt werden und uns im internationalen Konkurrenzkampf auf das Abstellgleis führen. Ein Erfolgsschlüssel heißt Marktorientierung", betont Moosbrugger, der auch auf das forcierte Marketing für regionale Produkte verwies. "Wesentliche Zukunftsthemen sind auch verstärkte Forschung, Entwicklung und Digitalisierung für eine nachhaltige, effiziente Produktion sowie mehr Tempo beim Ausbau aller Erneuerbaren, wie Biogas und Biomasse. Des Weiteren muss Ausgewogenheit im internationalen Handel im Fokus stehen. Dazu zählen mehr CO2-Kostenwahrheit (carbon border adjustment mechanism), vergleichbare Standards und somit Wettbewerbsfairness", fordert der LKÖ-Präsident.

Strasser: Österreichs Bauernfamilien stellen Versorgung nachhaltig sicher

"Unsere Bauernfamilien sind bereit, höhere gesellschaftliche Anforderungen zu erfüllen - dafür braucht es aber eine praxisorientierte Gesetzgebung und wirtschaftlich machbare Vorgaben", stieß der Obmann des Landwirtschaftsausschusses Georg Strasser in dasselbe Horn. "Mit der neuen

Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 läuft auch die Beantragung zum Agrarumweltprogramm ÖPUL. Die Anzahl der Betriebe, die sich freiwillig für Klima-, Umwelt- und Artenschutz entscheiden, konnte im Vergleich zum Vorjahr um 4.000 gesteigert werden. 90.000 Anträge für das heurige Jahr zeigen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern den Schutz von Flora und Fauna ernst nehmen und vorleben. In Anbetracht aktueller Verwerfungen auf den Märkten sind diese zusätzlichen Leistungen umso höher einzustufen", brachte Strasser vor.

Dass österreichische Qualität auch international gefragt sei, belegt die aktuelle Agrar-Außenhandelsbilanz, die in den ersten drei Quartalen 2022 mengenmäßig einen Anstieg um 1,1% verzeichnete. "Die Produkte unserer Bäuerinnen und Bauern werden über unsere Landesgrenzen hinaus nachgefragt. Wer Speck oder Käse aus Österreich kauft, der kauft auch Mehrleistungen für Umwelt und Klima. Der beste Indikator für die Qualität heimischer Produkte ist und bleibt das AMA-Gütesiegel. Es steht für hohe Standards und nachvollziehbare Herkunft. Dahinter steht die tägliche Arbeit von mehr als 40.000 bäuerlichen Familienbetrieben, die besonders hochwertige Lebensmittel produzieren und dabei nachhaltig die Versorgung sichern. Um den Anforderungen der Gesellschaft weiterhin zu entsprechen, wird das AMA-Gütesiegel nun weiterentwickelt und ausgebaut. Unsere langjährige Forderung nach einem Gütesiegel für Brot und Backwaren wird dabei umgesetzt. Somit entsteht neben dem Veredelungsbereich auch für Getreide eine zusätzliche Vermarktungsschiene. Jeder Euro, der in das AMA-Gütesiegel investiert wird, kommt auch wieder auf den Betrieben an und sichert den Fortbestand der kleinstrukturierten österreichischen Landwirtschaft, die ein europaweites Vorzeigemodell ist", so Strasser. (Schluss) hub

EuGH-Urteil zu Notfallszulassung von Neonicotinoiden in Belgien spaltet

Jubel bei NGOs, SPÖ und Grünen - NÖ Bauernbund relativiert Anwendbarkeit auf Österreich

Luxemburg/Wien, 20. Jänner 2022 (aiz.info). - Gespaltene Reaktionen rief ein am Donnerstag bekannt gewordenes Urteil des europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg in einer Klage gegen eine Notfallszulassung von Neonicotinoiden in Belgien hervor. Dem EuGH zufolge habe Belgien die Erlaubnis für die Beizung von Saatgut - wie etwa bei Zuckerrüben - nicht ausreichend begründet. Nun sei laut APA unter Bezug auf das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) die EU-Kommission am Zug, sich mit den konkreten Auswirkungen auf die Auslegung beziehungsweise Anwendung der betreffenden EU-Verordnung zu befassen. Das EuGH Urteil rief gespaltene Reaktionen hervor: NGOs, SPÖ und Grüne etwa bejubelten ein Ende der Notfallszulassungen der Neonics in der EU, der Bauernbund Niederösterreich etwa sprach davon, das EuGH-Urteil zu den Neonics sei nicht auf Österreich anwendbar, der Gerichtshof habe lediglich einen Sachverhalt in Belgien und nicht in Österreich geprüft. Für die Rübenbauern, so ihr Präsident **Ernst Karpfinger**, gehe es um sein oder nicht sein.

Laut APA sehe das europäische Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN Europe) mit dem Urteil nahezu "der Hälfte der von den EU-Ländern gewährten Notfallszulassungen für verbotene Pestizide ein Riegel vorgeschoben". Ein Sprecher des BAES sagte, man sei noch nicht sicher, was der Spruch für Österreich bedeute, dies gelte es jetzt juristisch zu bewerten und zu analysieren. Niederösterreichs Bauernbunddirektor

Paul Nemecek spricht gegenüber Aussagen von Global 2000 von einem "Wunschdenken" und relativiert laut einer Aussendung, "das EuGH-Urteil bezieht sich auf einen Antrag aus Belgien und hat somit keine direkten Auswirkungen auf Österreich". Da die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln im Verfassungsrang stehe, müsse der österreichische Gesetzgeber alles dafür tun, dass diese - konkret Fall mit heimischem Zucker - nicht verloren gehe.

Der Sachverhalt in Österreich sei mit dem in Belgien nicht vergleichbar. In Österreich herrschten strengere Vorschriften, sowie ein begleitendes wissenschaftliches Monitoring, welches bis dato auch die Unbedenklichkeit dieser Notfallzulassung in Österreich attestiert habe.

Rübenbauern: Es geht um sein oder nicht sein

Der Präsident des Verbandes Die Rübenbauern, **Ernst Karpfinger**, sagte, es gehe für seine Berufsgruppe um sein oder nicht sein. Ohne Pflanzenschutz gehe es einfach nicht, das sei ein Faktum. Schlimmstenfalls müsste die Zuckerproduktion in andere Länder wie Brasilien ausgelagert werden. Damit würden auch Umweltschädigungen ausgelagert, so umweltfreundlich wie in der EU werde nirgendwo produziert. (Schluss)

Notierungen und Preise an internationalen Getreidemärkten geben weiter nach

Gedrückte Stimmung am heimischen Markt - Marktanteile verloren

Wien, 20. Jänner 2023 (aiz.info). - An den internationalen Märkten geht es mit den Preisen von Weizen, Mais und vor allem Raps weiter bergab. Es überwiegt das Gefühl einer reichlichen Versorgung. Die Angst, die Versorgung vom Schwarzen Meer könne ausbleiben, verfliegt. Im Gegenteil, aus dieser Region drängen große Mengen zu sehr niedrigen Preisen auf den Weltmarkt. Dazu kam jüngst auch eine Entspannung der Dürresituation in Argentinien und in den USA. Rege Weizenimporte Chinas und Exporte Frankreichs treten daneben in den Schatten - ebenso wie die Gefahr von Auswinterungen in Russland in extremen Frostnächten ohne schützende Schneedecke sowie die noch immer nicht abgeschlossenen Erntearbeiten in der Ukraine. Am österreichischen Kassamarkt ist die Stimmung verbreitet gedrückt - insbesondere bei jenen Marktteilnehmern im Erfassungshandel, die Rohstoff teuer eingekauft haben und nunmehr mit Preisgeboten der Verarbeiter konfrontiert sind, die ihnen Schmerzen bereiten.

Denn Mühlen und andere Industrie würden ihre Geldkurse an den sinkenden internationalen Kursen orientieren und nicht mehr bereit sein, die zuletzt etwa für Brotweizen verlangten ungewöhnlich hohen Qualitätsaufschläge auf die Terminmarktnotierungen zu akzeptieren.

Heimische Getreidewirtschaft verliert Marktanteile

Dies bremse das Geschäft - auch mit Italien, wo Mühlen jüngst ungeachtet von allfälligen Qualitätsrisiken vermehrt auf ungarische oder rumänische Weizen im Bereich von 14% Protein und mehr zurückgriffen, weil diese jüngst deutlich billiger angeboten worden seien. Wie es hierzulande heißt, habe die heimische Getreidewirtschaft durch die Einschränkung der Verarbeitungstätigkeit und durch Importe mittlerweile schon Marktanteile verloren. Laut jüngstem AMA-Marktbericht ist im Zeitraum Juli bis November 2022 die gesamte Vermahlung österreichischer Mühlen im jahresabstand

von 351.703 t um 4,3% auf 336.561 t zurückgegangen, davon die von Weichweizen von 272.435 t um 5,2% auf 258.331 t und die von Roggen gar um 9,9% von 40.825 t auf 36.764 t.

Vor diesem Hintergrund notierte die Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche lediglich vereinzelt zustande gekommene Umsätze mit Brot- und Futtergetreide deutlich niedriger als zuletzt. Weiterhin scheint auch eine rege Importtätigkeit am Kursblatt auf. Dabei merken Beobachter den großen Preisabstand von inländischem Futtermais, dessen Notierung als einzige stieg, zu Lieferungen von Industriemais aus dem EU-Raum an.

Schwarzmeer-Getreideabkommen - Kritik an schleppender Abfertigung von Schiffen

Dieser Tage kritisierte unter anderem auch die UNO die schleppende Umsetzung des Getreideabkommens zu den Exportkorridoren über das Schwarze Meer. Aus europäischen Getreidehandelskreisen ist dazu zu vernehmen, Schiffe hätten bei Fahrten über das Schwarze Meer bei den Kontrollen durch die Vertragsparteien Russland, Ukraine und Türkei Wartezeiten von rund einem Monat hinzunehmen - nämlich bis zu 25 Tage bei der Einfahrt in das Schwarze durch den Bosphorus und etwa fünf Tage bei der Ausfahrt. Zwar liege auf der Hand, dass Schiffe mit Zielhäfen in der Ukraine besonders akribisch darauf kontrolliert werden, keine Waffen zu schmuggeln, doch wähen Marktteilnehmer auch Korruption als Ursache der schleppenden Abfertigung. (Schluss) pos

Kleines Angebot stabilisiert bei schwacher Nachfrage Schweinepreise in EU

Zahlreiche Notierungen - auch in Deutschland und Österreich - unverändert

Wien, 20. Jänner 2023 (aiz.info). - Der Fleischmarkt kommt 2023 noch nicht in die Gänge. Während die inflationsgeschwächte Kaufkraft auf Endverbraucherebene allorts spürbar ist, wartet die Fleischindustrie auf reduzierte Rohstoffpreise für Einlagerungsaktivitäten, wie sie diese jedes Jahr Mitte bis Ende Jänner unternimmt. Diese Spekulation dürfte heuer nicht aufgehen, da der in allen EU-Ländern geschrumpfte Schweinebestand den üblichen Angebotsdruck vermissen lässt, so **Johann Schlederer** vom Verband landwirtschaftlicher Veredelungsproduzenten. Vor diesem Hintergrund konnten sich die namhaften Notierungen - unter anderem auch in Deutschland und Österreich - auf unverändertem Niveau behaupten.

In Österreich zeigen sich am Lebendmarkt unterschiedliche Verhältnisse. Während in der Steiermark schlachtreife Schweine schon gesucht sind, ist man in Ober- und Niederösterreich noch dabei, mitgeschleppte Überhänge abzubauen. Namhafte Schlacht- und Zerlegebetriebe beklagen ein äußerst schwaches Geschäft beim Export Richtung Asien. Nicht nur das von Corona heimgesuchte China, sondern auch Südkorea und Japan kaufen zurzeit nur zu nicht kostendeckenden Preisen. In den Schigebieten hofft man auf frischen Schnee, was eine Belebung in der Tourismusbranche mit sich brächte. Ein anhaltend überschaubares, frisches Angebot an der österreichischen Schweinebörse war die Basis für eine abermalige Festlegung des Preises auf Vorwochenniveau bei 2,09 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 1,99 Euro). Der Ferkelpreis der Kalenderwoche drei beträgt 3,25 Euro. (Schluss)

Österreich: Weitere Fälle von Vogelgrippe in Geflügelhaltungen und in Tierpark

Zwei Geflügelhaltungen in Oberösterreich und Tierpark in Tirol betroffen

Wien, 20. Jänner 2023 (aiz.info). - Das Land Oberösterreich meldete am Donnerstag das Auftreten der hochpathogenen Form der Geflügelinfluenza (H5N1) in zwei Geflügelhaltungen und das Land Tirol den ersten Fall des Bundeslandes bei Schwänen in einem Tierpark im Unterland. Seit Jänner gelten in Österreich bereits entsprechende Vorsichtsmaßnahmen wie Stallpflicht, in und rund um die Orte der jüngsten Ausbrüche wurden die notwendigen Maßnahmen wie Keulungen und die Errichtung von Schutzzonen ergriffen.

In Oberösterreich sind ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Hühnerhaltung in Marchtrenk im Bezirk Wels-Land mit zwei Herden mit 350 und 200 Tieren sowie eine private Haltung im Bezirk Linz-Land mit 30 Hühnern und 16 Enten betroffen. In dem Tiroler Tierpark sind sechs Schwäne der Vogelgrippe zum Opfer gefallen. (Schluss)

NÖ startet Ausbildung zu Teichranger:in

Erster Zertifikatslehrgang beginnt im März 2023

St. Pölten, 20. Jänner 2023 (aiz.info). - "Erlebnis Bauernhof" zählt zu den erfolgreichsten Bildungsinitiativen im landwirtschaftlichen Bereich. Das Angebot ist vielfältig und bietet zertifizierte Exkursions- und Unterrichtsangebote rund um das Thema Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion für Schulen und Kindergärten. Nun wird das Angebot um die Teichwirtschaft erweitert. Im März 2023 startet die Ausbildung zur Teichrangerin bzw. zum Teichranger.

Die Dachmarke "Erlebnis Bauernhof" vereint drei unterschiedliche Bildungsformate, die vom Kindergarten bis zur höheren Schule in Anspruch genommen werden können. Mit „Schule am Bauernhof“ werden Bauernhöfe für Schulklassen und Kindergärten zu Erlebnis- und Lernorten. Mit "Landwirtschaft in der Schule" kann der Weg der Lebensmittel auch im Klassenzimmer erforscht werden. Die Seminarbäuerinnen bringen den Bauernhof sozusagen mit in den Unterricht. Im Rahmen der "Agrar- und Waldwerkstätten" kann eine Klasse gemeinsam mit Rangerinnen und Rangern einen Schulbetrieb ausgewählter landwirtschaftlicher Fachschulen besuchen.

Das Angebot wird nun um die heimische Teichwirtschaft, deren Lebensmittelproduktion und die damit verbundenen Klima- und Ökosystemdienstleistungen erweitert. Ziel ist es, Führungen vor Ort an Teichen mit fachlich und pädagogisch geschulten Rangerinnen und Rangern anzubieten. Die Landwirtschaftskammer NÖ hat daher in Zusammenarbeit mit der KLAR! Region Waldviertel Nord und dem NÖ Teichwirteverband den Zertifikatslehrgang „Teichranger:in“ konzipiert, der im März 2023 erstmals startet. LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** : "Die Teichwirtschaft ist ein wichtiger und traditioneller Teil unserer Heimat Niederösterreich. Die Teiche dienen nicht nur der Produktion heimischer Speisefische, sondern sind darüber hinaus natürlich auch ein wichtiger ökologischer Faktor. Mehr über die Teiche und die Teichwirtschaft zu wissen, heißt auch sie besser zu erhalten und wertzuschätzen."

"Um hinter die landwirtschaftlichen Kulissen zu blicken und den Weg der Lebensmittel zu erforschen, haben es sich die niederösterreichischen Bäuerinnen und Bauern zum Ziel gemacht, diese Einblicke auch für die Jüngsten der Gesellschaft erfahr- und erlernbar zu machen. Solche Bildungsinitiativen sind enorm wichtig. Schließlich kann mit der Bewusstseinsbildung nicht früh genug begonnen werden. Denn der Dialog mit der Gesellschaft ist heute mehr denn je ein zentraler Faktor für den landwirtschaftlichen Betrieb", streicht Landwirtschaftskammer NÖ-Vizepräsidentin **Andrea Wagner** die Bedeutung des Programmes hervor und sagt weiter: "Der Einblick in die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern schafft nicht nur Verständnis dafür, woher unsere Nahrungsmittel kommen, sondern bildet ebenso Bewusstsein und bringt Wertschätzung für die Arbeit und die Leistungen unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Es freut mich sehr, dass wir das Angebot nun um die Teichwirtschaft erweitern konnten." (Schluss)